

1. Mai 2010
ur

GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne

Mairede in Bremen

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit 120 Jahren demonstrieren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen – so auch heute in der nach wie vor anhaltenden schlimmsten Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg.

Weltweit haben in der Finanz- und in der Realwirtschaft mindestens 100 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Milliarden schwere Rettungsprogramme haben viele Banken vor dem Bankrott gerettet.

Der wirtschaftliche Schaden grenzt ans Astronomische. Und was ist mit den Verursachern der Krise? Wurden sie zur Rechenschaft gezogen – nach all den vollmundigen Bekundungen der Politik? Sind die Kapitalmärkte wirkungsvoll reguliert worden?

Nein! Die Hauptverursacher machen munter weiter und ziehen schon wieder Gewinne aus ihrem Treiben. Mit zweistelligen Millionengehältern richten sie sich weiter gemütlich in ihrer Parallelgesellschaft ein – jenseits demokratischer Kontrolle.

Es ist höchste Zeit, sich verstärkt einzumischen.

Und hier gilt: Nur gemeinsam sind können wir stark sein. Daran sollten wir immer denken und unser Handeln danach ausrichten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- 2 -

unsere Kolleginnen und Kollegen in Athen sind in Not. Die Lösung? In den nächsten Wochen werden viele Euros nach Athen getragen!

Trotzdem hat Europa eine manifeste Solidaritätskrise.

Die griechische Schuldenkrise wurde durch die Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten angeheizt und hat diese noch verstärkt. Griechenland befindet sich in Geiselhaft der Finanzmärkte.

Seit einem halben Jahr zocken Hedge-Fonds und Investmentbanken mit so genannten Kreditausfallversicherungen auf eine Pleite Griechenlands. Sie machen weiter wie eh und je! Auch deswegen muss Athen jetzt für neue Kredite 10% und nicht 5% Zinsen zahlen. Diese Extraprofite der Finanzmarktakrobaten bezahlen die griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere Kolleginnen und Kollegen.

Und alles nur, weil mehrere europäische Regierungen es versäumt haben, dass Europa schnell und effektiv handelt.

Die Zeit, die so verloren wurde, haben die Spekulanten dankbar genutzt - zum Schaden Griechenlands und zum Schaden aller Euro-Länder. Und damit zum Schaden von uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei Finanzhilfen für Athen geht es nicht darum, den angeblich faulen Griechen ein Leben in Saus und Braus zu spendieren, so wie es manche Medien Glauben machen wollen. Jeder fünfte Grieche lebt von weniger als 7000 Euro im Jahr und somit in Armut. Griechenland gehört damit zu den Ländern mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten in Europa.

Wenn die Staats- und Regierungschefs die längst zugesagte Unterstützung nicht sofort leisten, dann wird im Casino so lange weitergezockt, bis ist das Land endgültig pleite ist. Zur Soforthilfe gibt es keine vernünftige Alternative.

Und mit Blick auf andere Euro-Länder fühlen sich die Spekulanten doch jetzt geradezu ermuntert, so weiter zu machen. Die lecken sich doch schon die Lippen.

- 3 -

Worüber wir reden müssen, ist die Frage, warum die Gläubiger nicht zur Lösung der Schuldenkrise herangezogen werden. Griechenland steht allein bei Ackermann, Blessing & Co mit rund 32 Milliarden Euro in der Kreide. Die Herren haben sich offensichtlich verspekuliert. Es wäre nur konsequent, wenn sie jetzt verdonnert werden, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten.

Und auch die Europäische Zentralbank steht in der Pflicht. Sie muss ebenfalls tätig werden und zu Lösungen beitragen. Das Schicksal der Glasspaläste darf in Europa nicht wichtiger sein als die Zukunft demokratischer Staaten. Hier muss schnell und flexibel gehandelt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Schlüssel zur Lösung der griechischen Schuldenkrise liegt eben auch in Brüssel und Berlin. Da darf man nicht nur auf Athen verweisen. Klar, die Griechen müssen ihre Hausaufgaben machen. Das sieht die Mehrheit der Griechen selbst so.

Aber tiefer liegenden Ursachen der griechischen Schuldenkrise müssen jetzt endlich auch angepackt werden. Sie sind in der Realwirtschaft zu finden. Im Euroclub werden die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer. Deutschland hat seine Exportüberschüsse seit Einführung des Euros verfünffacht. Griechenland, Spanien, Italien und Portugal kaufen die deutschen Waren nur noch auf Pump. Das ist kann auf Dauer nicht funktionieren.

Es ist keine Lösung, wenn die Südeuropäer jetzt sparen müssen bis es quietscht. So würden sie ihre Wirtschaft endgültig ab.

Und glaubt nur nicht, dass das keine Folgen für unser Land hat. Klamme Griechen und Spanier kaufen keine deutschen Autos und Maschinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Eine solidarische Lösung dieser Schuldenkrise ist möglich und nötig.

Kurzfristig müssen wir durch schnelle Finanzhilfen und strenge Regulierung den Spekulanten das Handwerk zu legen. Wir unterstützen unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf dagegen, die Lasten vorrangig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubürden. Wir werden nicht zulassen, dass sie verunglimpft und abgestempelt werden.

- 4 -

Stattdessen warnen wir vor einseitigen und ökonomisch unsinnigen und sozial verwerflichen Spardiktaten.

Wieso attackiert eigentlich niemand die Banken und Beratungsfirmen, die der griechischen Vorgänger-Regierung geholfen haben, die Zahlen zu fälschen und die EU-Kommission zu belügen? Das sind doch dieselben, die heute mit ihren Spekulationen die Zinsen für die Griechen nach oben treiben und uns alle dafür wieder zahlen lassen wollen!

Warum machen Regierungen weiter Geschäfte mit denen und setzen sie nicht auf eine schwarze Liste? Warum wird nicht stärker offen gelegt, wer aktuell - wie viel - an der Krise Griechenlands verdient und sich die Säckel füllt?

Transparenz statt Volksverdummung, Kolleginnen und Kollegen! Das ist das Gebot der Stunde.

Wir müssen endlich darüber reden, wer Verantwortung trägt. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie ohne Scham - und aus Eigennutz - jetzt auf die kleinen Leute zeigen, und denen Verzicht predigen - bei Renten, Einkommen und Sicherheiten.

Die Verursacher müssen endlich zahlen. Banken, Bürokraten und sonstige "Glücksritter", die bei jeder Gelegenheit absahnen, ohne jedes Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl.

Deshalb wehren wir uns. Die aktuellen Kampagnen gegen die griechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind viel zu durchschaubar, als dass sie bei uns greifen können.

Darauf fallen wir nicht rein, Kolleginnen und Kollegen. Wir bleiben dabei.

Wir sind mündige Bürger und lassen uns nicht abspeisen und auch nicht verdummen.

Lasst die Verursacher endlich zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

tagtäglich erwirtschaften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Wohlstand dieses Landes. Vor allem sie sind es, die mit ihren Steuern die milliardenschweren Krisenprogramme finanzieren.

- 5 -

Sie und ihre Gewerkschaften sind es, die mit ihrem Handeln das Schlimmste abgewendet und Arbeitsplätze gesichert haben.

Der befürchtete starke Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte bislang verhindert werden - dank der Verlängerung der Kurzarbeit, der Konjunkturprogramme und der Abwrackprämie; Maßnahmen, für die Gewerkschaften gekämpft haben.

Was wir aber darüber hinaus brauchen, ist ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir brauchen einen starken Sozialstaat, um den unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen.

Wir Gewerkschaften stellen uns mit Nachdruck gegen die Angriffe von Schwarz-Gelb auf den Sozialstaat, auf das Gesundheitssystem und die Rentenversicherung. Wir lehnen die Kopfpauschale ebenso ab wie die Rente mit 67.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit muss sich wieder lohnen, das ist Guidos Gebetsmühle. Für wen? Die von ihm verantwortete Wirklichkeit sieht allerdings anders aus:

Über sieben Millionen Menschen arbeiten bereits in atypischen Jobs. Das ist fast jeder vierte Beschäftigte und das sind 45 Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Für immer mehr Menschen reicht der Lohn nicht zum Leben. 30 Prozent der Aufstocker im Westen und 39 Prozent im Osten haben einen Stundenlohn unter fünf Euro. Jeder Zweite, der aus dem Hartz IV-System in Beschäftigung wechselt, verdient weniger als 7,50 Euro in der Stunde. Der Niedriglohnssektor beträgt in Deutschland mittlerweile 22 Prozent.

Um dem Ausfransen des Arbeitsmarkts nach unten einen Riegel vorzuschieben, brauchen wir gutes Geld für gute Arbeit. Nur so kann verhindert werden, dass Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte ausbeuten, weil mit öffentlichen Geldern der zu niedrige Lohn ausgeglichen wird.

Armutslöhne werden wir niemals akzeptieren. Wer Vollsicht arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können.

Die Gewerkschaften fordern deshalb eine gesetzliche Grundlage, die einen branchenbezogenen Mindestlohn auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Dazu bedarf es der Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen.

- 6 -

Zusätzlich ist ein gesetzlicher Mindestlohn einschließlich Mechanismen seiner regelmäßigen Anpassung einzuführen. Dieser gilt dann als unterste Grenze, wenn Tariflöhne dieses Niveau unterschreiten oder in einer Branche keine Tarifverträge greifen.

Herr Rüttgers hat davor Angst, weil sonst die Anhebung des Mindestlohns bei jeder Wahlentscheidung gefordert würde. Na so was! Dann hätten wir ja endlich ein gutes Instrument, um die Binnenkaufkraft stärken zu können, endlich ein Mittel, was funktioniert!

Denn gerade mit Blick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit zum 1. Mai 2011 müssen gesetzliche Rahmenbedingungen so geändert werden, dass Lohndumping in unserem Land verhindert wird. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Erfüllung tariflicher und sozialer Mindeststandards zu knüpfen.

Wir fordern darüber hinaus: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit nicht nur in der Leiharbeit! Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen wieder unter den Schutz von Tarifverträgen und Sozialversicherung. Die Zumutbarkeitsregeln müssen entschärft werden, damit Arbeitslose nicht länger zu fast jedem Hungerlohn an die Arbeit gezwungen werden können. Das sind konkrete Schritte, die den wirklichen Leistungsträgern in diesem Land nutzen.

Arbeit muss sich wieder lohnen! Dies muss auch gelten für Leiharbeiter, Beschäftigte im Bewachungsgewerbe, Beschäftigte im Einzelhandel oder Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

junge Menschen spüren die aktuelle Krise am stärksten: Bei den unter 25-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit drastisch an, um ca. 20 Prozent.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armut: Junge Arbeitslose müssen oftmals direkt Hartz IV-Leistungen beantragen, weil sie – etwa wegen zu kurzer Beschäftigungsdauer oder zu geringer Einkommen – keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben: Mehr als die Hälfte rutscht direkt in Hartz IV.

Junge Menschen sind die unfreiwilligen Vorreiter einer neuen, flexibilisierten Arbeitswelt. Als Berufsanfänger stehen sie unter einem besonderen Druck, sich jederzeit neu anzupassen und für den nächsten Job alles stehen und liegen zu lassen.

- 7 -

Es gibt keine Generation, die fauler oder dümmer ist. Es gibt aber Generationen, die bessere oder schlechtere Chancen haben.

Eine wesentliche Ursache für die hohe Zahl der Ungelernten liegt in dem seit Jahren zu knappen Lehrstellenangebot. Der tatsächliche Bedarf an Ausbildungsplätzen wird viel zu niedrig eingeschätzt.

Schulabgänger, die keinen Platz finden und dann bereits im Frühjahr oder im Sommer in verschiedene Übergangsmaßnahmen oder so genannte Warteschleifen abgedrängt werden, tauchen in der zum Herbst vorzulegenden politischen Lehrstellenbilanz nicht mehr auf.

Die Wirtschaftskrise hat diese Situation noch verschärft: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist um rund 50.000 gesunken, gleichzeitig ging die Zahl der angebotenen Lehrstellen deutlich zurück. Alle Prognosen zeigen, dass sich die Krise auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2010 verschärfen wird.

Neben einem „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ brauchen wir deshalb auch einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“. Betriebe, die jetzt entlassen, Ausbildung zurückfahren und junge Menschen nach der Ausbildung nicht übernehmen, verschärfen den drohenden Fachkräftemangel.

Was wir brauchen ist ein auswahlfähiges Angebot für alle junge Menschen, die eine berufliche Ausbildung machen wollen. Wir verlangen, dass das Recht auf Ausbildung auch für jede und jeden auch verwirklicht wird!

Und was wir noch brauchen sind mehr Übernahmen nach der Ausbildung. Denn selbst gut ausgebildete junge Menschen haben immer schlechtere Chancen auf einen reibungslosen Berufseinstieg. Nach einer Umfrage der DGB-Jugend gibt von 2000 befragten Auszubildenden vor Ausbildungsabschluss nur etwa ein Drittel an, nach der Ausbildung übernommen zu werden.

Wir aber wollen die Übernahme. Sie sichert jungen Menschen Zukunftsperspektiven – und die dringend notwendige Berufserfahrung.

Kolleginnen und Kollegen,

die so genannte Flexibilisierung in der Arbeitswelt – also der Abbau von gewerkschaftlichen Errungenschaften - hat besonders für junge Menschen zu einem Anstieg prekärer Beschäftigung geführt. Selbst wenn es ihnen gelingt, einen Job zu finden, landen sie oft in unsicheren Arbeitsverhältnissen.

Meist gelingt der Einstieg in den Arbeitsmarkt nur in Form von Praktika, Honorarjobs oder befristeten Verträgen:

- 8 -

Mehr als 60 Prozent der jungen Beschäftigten hatten bereits im Jahr 2008 ein Arbeitsverhältnis, das als prekär einzustufen ist. Sie arbeiteten entweder zu Niedriglöhnen von unter 1.500 Euro und/ oder befristet, in Zeitarbeit oder in Minijobs.

Prekarisierung bleibt nicht ohne Folgen für die betroffenen jungen Menschen. Sie leiden unter fehlenden beruflichen Planungsmöglichkeiten und mangelhaftem sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz. Dazu kommen Stress und andere gesundheitliche Probleme. Und ihre familiäre Zukunft können sie grad gar nicht planen!

Wie alle Beschäftigten brauchen aber auch sie sichere Perspektiven und einen fairen Lohn.

Das Gegenteil planen CDU und FDP:

Sie wollen die sachgrundlose Befristung erheblich ausdehnen. Das bestehende Verbot, einen befristeten Vertrag abzuschließen, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits vorher ein befristeter oder unbefristeter Vertrag bestanden hat, soll entfallen.

Das lehnen wir ab! Gerade bei der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen ist der Anteil der befristet Beschäftigten am größten.

Befristung ist die einfachste Form, den Kündigungsschutz zu umgehen und um Druck auf die Beschäftigten auszuüben, sich mit schlechteren Arbeitsbedingungen zufrieden zu geben oder auf Interessenvertretung zu verzichten.

Deshalb müssen wir zurück zum ordentlichen, unbefristeten Arbeitsverhältnis!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften haben mit kluger Tarifpolitik und entsprechenden Abschlüssen Beschäftigung gesichert.

Trotzdem sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land aber die Leidtragenden dieser Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Angst vor Arbeitsplatzverlust nimmt zu und die tarifpolitischen Durchsetzungsbedingungen sind schwieriger geworden. Die Exportwirtschaft in Deutschland befindet sich in einer schwierigen Phase. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine Stärkung der Binnennachfrage, damit Konjunkturimpulse erzielt und Arbeitsplätze entstehen bzw. gesichert werden.

Denn Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gerechte Löhne und ein starker Sozialstaat werden nicht durch immer neue unrealistische Gewinnererwartungen der Konzerne geschaffen, nicht

- 9 -

durch immer höhere Profite für wenige und soziale Verwerfungen für viele. Sondern durch höhere Löhne und die dadurch steigende Massenkaukraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, die öffentlichen Kassen sind leer. In der schwersten Wirtschaftskrise der Republik purzeln Steuern und Beiträge. In den nächsten vier Jahren droht ein Steuerschwund von 300 Milliarden Euro. Allein dieses Jahr fehlen den Sozialkassen voraussichtlich 32 Milliarden Euro. Gleichzeitig explodieren die Staatsausgaben. Der Banken-Rettungsschirm, Konjunkturpakete und Kurzarbeit verschlingen einen dreistelligen Milliardenbetrag. Das Haushaltsloch hat inzwischen einen Durchmesser von 130 Milliarden Euro.

Aber das Klage lied von der Jahrhundertkrise, die die Staatsfinanzen ruiniert, ist nur die halbe Wahrheit. Viele Städte und Gemeinden gingen schon vor der Krise finanziell am Krückstock. Sie konnten Sozialleistungen, Kitaplätze und Personal nur noch auf Pump finanzieren.

Denn die Regierenden hatten die Staatskassen regelrecht geplündert. In der Hoffnung auf mehr Wachstum senkten die Finanzminister kräftig Steuern.

Die deutsche Steuerquote sank unter den EU-Durchschnitt. Das erwartete Wachstum blieb jedoch aus. Lediglich die Schulden kletterten auf neue Rekordhöhen.

Trotzdem legten Merkel und Westerwelle noch eine Schippe drauf. Sie beschenkten Hoteliers, Großunternehmen, Erben und weitere ihrer Spender mit vier Milliarden Euro.

Und sie planen weitere Steuersenkungen. Dabei weiß doch jede und jeder, dass sich nur reiche Leute einen armen Staat leisten können.

Und das Schlimmste steht uns noch bevor: Wegen der Schuldenbremse müssen bis 2016 rund 100 Milliarden Euro eingespart werden. Wolfgang Schäuble schwört die Bevölkerung bereits auf harte Zeiten ein.

Alles soll auf den Prüfstand: Öffentlicher Dienst, Daseinsvorsorge, Rente, Arbeitslosengeld, Hartz IV.

Theater, Bibliotheken und Hallenbäder stehen vor dem Aus. Kitas und Horte werden früher schließen.

Gebühren und Eintrittspreise öffentlicher Einrichtungen steigen.

Ihr hier in Bremen wisst, wovon ich spreche!

Es droht die nächste Privatisierungswelle. Für notwendige Zukunftsinvestitionen ist kein Geld da. Sozial und ökonomisch führt die fälschlicherweise „Sparpolitik“ genannte Kürzungspolitik

- 10 -

in die Sackgasse. Noch kein Finanzminister hat das Kunststück vollbracht, eine Volkswirtschaft aus der Krise herauszukürzen.

Deshalb darf es ein „weiter so“ mit Steuergeschenken, Kürzungspolitik und Lohnschwäche nicht geben. Einkommensungleichheit und Magerstaat haben der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erst den Weg bereitet.

Wenn jetzt wieder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und die Arbeitslosen den Gürtel enger schnallen müssen, dann ist die Fortsetzung der Krise vorprogrammiert: Die unteren und mittleren Einkommen haben nichts mehr, um zu konsumieren, während die Spitzenverdiener ihr Spielgeld weiter ins Casino tragen und die Spekulationsblase anheizen.

Kolleginnen und Kollegen,

damit muss Schluss sein! Wir brauchen jetzt einen handlungsfähigen Sozialstaat. Der muss in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur investieren.

Der Bedarf ist groß: Die Kommunen müssen unter anderem in ihre Gebäude investieren, damit sie nicht weiter verfallen und in ihren Personennahverkehr, damit er attraktiv bleibt. Der Personalnotstand im öffentlichen Dienst, in Kitas, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, bei Polizei, Justiz und Finanzämtern muss behoben werden. Seit der Wiedervereinigung wurde ein Drittel des Personals abgebaut. Das fehlt jetzt in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Allein für eine umfassende Modernisierung des Bildungswesens – Ausbau der frühkindlichen Bildung, mehr Ganztagschulplätze und Schulsozialarbeit, mehr Arbeiterkinder an den Hochschulen und bessere Lehre dort, lebenslange Weiterbildung etc. - sind 40 - 50 Milliarden Euro an jährlichen Mehrausgaben erforderlich.

Kolleginnen und Kollegen,

ein zukunftsfähiger Sozialstaat kommt nicht ohne mehr Geld aus. Dazu braucht er eine gerechte Steuerpolitik:

Mit Hilfe einer Vermögenssteuer, einer reformierten Erbschaftssteuer und einer Reichensteuer müssen Vermögende zukünftig mehr zum Gemeinwohl beitragen.

- 11 -

Aber auch Spitzenverdiener und Unternehmen müssen steuerlich stärker belastet werden. Durch eine Finanztransaktionsteuer und eine Sondersteuer für Banken sind die Krisenverursacher an den Kosten des Rettungseinsatzes zu beteiligen.

Und die Kommunalfinanzen müssen entgegen den Absichten von Schwarz-Gelb durch den Ausbau der Gewerbe- zu einer Gemeindewirtschaftsteuer gestärkt werden: Der Kreis der Steuerpflichtigen ist um Selbstständige und Freiberufler zu erweitern und die Bemessungsgrundlage muss verbreitert werden.

Aber diese Steuern müssen auch wirklich erhoben werden. Im Gegensatz zu uns Lohnsteuerpflichtigen bestehen für Unternehmen und Vermögensbesitzer, die ihre Einkünfte beim Finanzamt nur anzeigen müssen, zahlreiche Möglichkeiten zur Steuervermeidung. Um das zu verhindern, brauchen wir mehr Personal und verstärkte Kontrollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und nun zum Schluss zu dem Thema, das mir natürlich besonders am Herzen liegt, der Bildung.

Wer sich in diesen Tagen Reden auf Parteitagungen oder Regierungserklärungen in den Parlamenten anhört, könnte fast glauben, es stünde gut um das deutsche Bildungswesen. Bildung ist der wichtigste Rohstoff in unserem Land, heißt es. Wir müssen endlich mehr Geld für Kindergärten, Schulen und Hochschulen ausgeben. Die Bundeskanzlerin hat sogar die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Soweit die Worte. Aber die Taten?

Die Wirklichkeit ist davon weit entfernt. Der Nationale Bildungsbericht zeigt das:

- Noch immer haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind immerhin 15 Prozent dieser Altersgruppe.
- Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 65.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss.
- Noch immer leben in unserem Land rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können.
- Noch immer landen mehr als 400.000 Jugendliche in Warteschleifen, im Übergangssystem ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung.

Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist also noch sehr weit!

- 12 -

Wer mehr Qualität im Bildungswesen will, muss mehr Personal und mehr Zeit zur Verfügung stellen, also mehr Geld für Bildung ausgeben. Es war deshalb überfällig, dass Bund und Länder beim Bildungsgipfel verabredet haben, die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Nimmt man die Zahlen der OECD, müssten mehr als 40 Milliarden Euro zusätzlich in das deutsche Bildungswesen fließen.

Doch was ist seitdem passiert? Versprochen die Regierungschefs beim 1. Bildungsgipfel noch 30 Milliarden, redeten sie nach dem 2. Bildungsgipfel nur noch von zusätzlichen 13 Milliarden Euro. Setzt sich dieser Trend fort, darf man für den dritten Gipfel, der am 10. Juni ansteht, nichts Gutes erwarten. Es drohen sogar Kürzungen und Streichungen statt der viel versprochenen und von vielen erwarteten Mehrausgaben im Bildungsbereich.

Der Bremer Senatsbeschluss zur Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II vom März 2010 reiht sich da ein in eine Reihe entsprechend unrühmlicher Entscheidungen beispielsweise in Hessen oder Schleswig-Holstein.

Kolleginnen und Kollegen,

eine Hauptaufgabe der DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist es deshalb in den nächsten Monaten, darauf zu dringen, dass die Finanzierung der Bildungsaufgaben höchste Priorität bekommt und nicht nur von Kürzungen ausgenommen wird, sondern es auch zu einer realen und deutlichen Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben kommt.

Denn wir brauchen das Geld für gebührenfreie Kitas und für den Ausbau von Ganztagschulen und der Schulsozialarbeit. Wir brauchen es für ausreichend Personal an unseren Bildungseinrichtungen. Wir brauchen es für mehr Arbeiterkinder an den Hochschulen und gute Lehre dort. Und wir wollen ein Recht auf Ausbildung und einen Anspruch auf lebenslange Weiterbildung.

Fast nirgendwo in der Welt haben Kindertagesstätten einen so geringen Stellenwert wie in Deutschland. Fast nirgendwo werden Erzieherinnen so schlecht ausgebildet und bezahlt wie bei uns. Krippenplätze für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, gibt es viel zu wenig, in einigen Bundesländern fast gar nicht.

Deshalb gibt es ein Versprechen der Politik für das neue Jahrzehnt: Bis zum Jahr 2013 soll es für jedes Kind, das jünger als drei Jahre ist, einen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben.

Der Aufbruch in Sachen frühkindlicher Bildung fällt jedoch ernüchternd aus, der Krippenausbau kommt nur schleppend voran.

- 13 -

Bisher gibt es nur 417.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Deutschland. Soll das Ziel von 750.000 Plätzen bis zum Jahr 2013 erreicht werden, müsste jetzt eigentlich die heiße Phase des Krippenausbaus beginnen.

Doch die Kommunen schlagen Alarm. Ihnen fehlt in Zeiten der Wirtschaftskrise schlicht das Geld für den Krippenausbau. Auch weil der Bund mit seinen Steuergeschenken die kommunalen Kassen weiter austrocknet. Schon regt der Deutsche Städte- und Gemeindebund an, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem Jahr 2013 zurückzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen,

das darf nicht passieren. Der Rechtsanspruch darf nicht kassiert werden. Dafür müssen wir uns alle stark machen!

Der Krippenausbau droht aber auch an einem massiven Fachkräftemangel zu scheitern. Soll der Rechtsanspruch vom Jahr 2013 an gelten, müssten bis dahin unter dem Strich 47.000 neue Erzieherinnen und Erzieher in Vollzeit eingestellt werden. Die Länder müssen deshalb ihre Ausbildungskapazitäten deutlich ausbauen. Das gilt im Übrigen auch für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, damit nicht immer noch mehr Unterricht ausfällt.

Wir müssen die Berufe des pädagogischen Nachwuchses aber auch attraktiver gestalten, auch finanziell attraktiver. Zu den heutigen Bezahlungsbedingungen lässt sich kaum noch gut qualifiziertes Personal finden. Es geht um die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gute Leute werden wir für unsere Bildungseinrichtungen nur bekommen, wenn wir sie auch anständig bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Schulsystem sortiert die Kinder aus - und das nicht nach Leistung, sondern nach dem Geldbeutel der Eltern. Der türkische Junge kommt auf die Hauptschule, die deutsche Arztochter auf das Gymnasium. Und damit sind die weiteren Lebenschancen sehr ungleich verteilt. Das ist ein Skandal.

In fast keinem anderen Land setzen die Schulen ihre Kinder bereits mittags auf die Straße. Die Halbtagschule mit sechs Unterrichtsstunden am Vormittag mit möglichst sechs verschiedenen Fächern und sechs verschiedenen Lehrern muss Vergangenheit sein. Das ist wie Zappen beim Fernsehen. Diese Schule schadet dem Lernen. Wir brauchen endlich mehr Ganztagschulen und mehr Schulsozialarbeit.

- 14 -

Beim Blick auf die erfolgreichen PISA-Länder fällt auf, dass gerade die Schulsysteme die besten sind, in denen stärkere und schwächere Schüler möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden. Wir brauchen endlich eine Schule, die alle Kinder gemeinsam unterrichtet, keinen ausgrenzt und alle bestmöglich ausbildet!

Arbeiterkinder muss man an den deutschen Hochschulen noch immer mit der Lupe suchen. Das ist auch ein Ergebnis der sozialen Auslese in Kindergärten und Schulen. Und was machen Bund und Länder? Sie fördern die Elite und vernachlässigen die Lehre. Statt das BAföG mal richtig zu erhöhen, wie es nötig wäre, erfindet Schwarz-Gelb Stipendienprogramme, die die soziale Auslese stabilisieren und vergrault jungen Leute mit Studiengebühren.

Deshalb spricht sich der DGB ganz klar für die Abschaffung der Studiengebühren und gegen das Stipendienprogramm aus. Stattdessen müssen das BAföG und der Elternfreibetrag deutlich erhöht werden. Und die Lehre an den Hochschulen muss verbessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

weil das braune Faschistenpack leider auch heute sein Unwesen treibt, noch eine klare Ansage zum Schluss:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekämpfen jeden Versuch, aus der Krise politisches Kapital zu schlagen. Den Demagogen jeglicher Couleur stellen wir uns entgegen.

Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen. Wir sagen ihnen:

Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität.

Hier gibt es keinen Fußbreit Platz für alte und neue Nazis.

Die NPD muss verboten werden!

Danke für eure Aufmerksamkeit!